

Bürgerinitiative klagt gegen ECE-Einkaufscenter

PROTEST Streit um Bauleitplanung

OLDENBURG/RIT – Die Gegner des ECE-Einkaufszentrums ziehen vor Gericht: Nachdem der Verwaltungsausschuss am Montag das Bürgerbegehren abgelehnt hat (die **NWZ** berichtete) will die „Bürgerinitiative gegen Stadtzerstörung“ nun klagen. „Wir sind mit unseren Anwälten im Gespräch, im Laufe der nächsten 14 Tage werden wir beim Verwaltungsgericht unsere Klage einreichen“, sagt Walter Lück von der Initiative.

Er wirft Stadt und Oberbürgermeister Schütz „rechtswidriges und undemokratisches“ Verhalten vor. „Wir haben innerhalb von acht Wochen 13 290 gültige Unterschriften gesammelt, die sollen nun einfach ignoriert werden“, schimpft Lück.

Nach Meinung der Stadt habe die Initiative zwar die notwendige Hürde von 12 000 Unterschriften genommen, dennoch sei ein Bürgerbegehren unzulässig, da es in die Bauleitplanung eingreife.

Und solche Dinge könnten nach der Niedersächsischen Gemeindeordnung nicht über ein Bürgerbegehren zu Fall gebracht werden.

Lück hingegen kontert nun: „Die Bauleitplanung der Stadt ist meiner Meinung nach rechtswidrig.“ Die Stadt habe sie Hals über Kopf im Rat durchgepeitscht, als das Bürgerbegehren gegen das Einkaufszentrum bereits lief. „Damit hat die Stadt in ein laufendes Verfahren eingegriffen“, sagt Lück.

Auch das Gutachten, dass dem geplanten Einkaufszentrum die Verträglichkeit bescheinigt, mag Lück nicht akzeptieren. „Das Gutachten ist ein manipuliertes Gutachten“, sagt er.

Die Initiative hat sich zunächst auf zwei Gerichtsinstanzen eingestellt. Die Kosten dafür schätzt Lück auf 2500 Euro „Es gibt viele Oldenburger, die uns finanzielle Unterstützung für die Verfahren zugesagt haben.“